

Informationsunterlage zur Pressekonferenz

SPÖ-Positionen zur Gemeinderatssitzung am 12.4.2018: Stadtentwicklung mit Verantwortung

Ihre Gesprächspartnerinnen:
Vizebürgermeisterin Karin Hörzing
Stadträtin Regina Fechter
Fraktionsvorsitzender Gemeinderat Stefan Giegler

Dienstag, 10. April 2018 | Presseclub, Saal D | 11:00 Uhr

Für Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Peter Binder

Mobil: 0664 / 829 89 89

E-Mail: peter.binder@spoe.at

Die Weiterentwicklung der Stadt und das Wahrnehmen von Verantwortung für die Vergangenheit und die Zukunft stehen im Mittelpunkt der Gemeinderatssitzung am Donnerstag, dem 12. April 2018.

„Mit der Vergangenheit, speziell mit den Ereignissen zwischen 1918 und 1938, beschäftigt sich eine eigene Medieninstallation, deren Beauftragung von Gemeinderat beschlossen werden soll“, so Vizebürgermeisterin Karin Hörzing. „Zugleich soll das Museum der Zukunft, das Ars Electronica Center, eine neue Dauerausstellung erhalten. Auch dafür braucht es einen Gemeinderatsbeschluss, zum gesamten Investitionsvolumen von drei Millionen Euro steuert die Stadt 1,5 Millionen Euro bei. Bedauerlich ist, dass sich das Land an dieser Zukunftsausstellung nicht beteiligt“, erklärt Karin Hörzing.

Verantwortung übernimmt die Stadt einmal mehr für Familien, und zwar mit einer weiteren Investition in den Ausbau der Kinderbetreuung, diesmal bei der Löwenfeldschule. „Mit dem neuen Leistungsvertrag für den Verein Jugend & Freizeit stellen wir überdies sicher, dass Jugendliche in Linz ein zeitgemäßes sowie unbürokratisches Beratungs- und Freizeitangebot erhalten“, ist die städtische Sozialreferentin überzeugt. Wenig überzeugend sind hingegen die fraktionellen Anträge zur Sportstadt: „Ein verantwortungsbewusster Umgang mit den Stadtfinanzen bedeutet auch, Prioritäten zu setzen“, so die Linzer Vizebürgermeisterin Karin Hörzing. Darum werde man am bestehenden Sportentwicklungsplan festhalten und sich nicht an einem kostspieligen Wettbewerb um einen weiteren Titel auf europäischer Ebene beteiligen. „Linz braucht sich mit seinen flächendeckenden Sportangeboten nicht zu verstecken. Für das Sportbewusstsein der Linzerinnen und Linzer ist es nicht notwendig, der Bezeichnung als europäische Sportstadt nachzujagen, deren Kosten nicht gering und deren Nutzen nicht nachvollziehbar ist“, meint Vizebürgermeisterin Hörzing.

Keinen Vergleich zu scheuen braucht die Stadt mit ihren Initiativen für Arbeit und Ausbildung. „Darum nutze ich die Angleichung der städtischen Lehrlingsentschädigung an jene des Landes, um einmal mehr darauf hinzuweisen, dass die Unternehmensgruppe Linz der zweitgrößte Lehrlingsausbildner in der Stadt ist“, zeigt sich Stadträtin Regina Fechter stolz.

„Die Zeichen am Arbeitsmarkt stehen dankenswerterweise auf Entspannung, im März standen in Linz 77 Lehrstellensuchenden 198 offene Lehrstellen gegenüber. Uns ist wichtig, dass wir keine Unterschiede machen, wenn es um die Zukunft unserer Jugend geht: jeder Linzer Jugendliche hat sich eine gute Ausbildung verdient“, erteilt Fechter dem Ansinnen der FPÖ auf unterschiedliche Initiativen für Lehrstellensuchende je nach Staatsbürgerschaft eine Absage. „Unsere Aktivitäten stehen allen ausbildungshungrigen jungen Menschen gleichermaßen offen“, so Fechter.

Einer zukunftsorientierten Ausbildung dient auch die Weiterentwicklung des Kepler Universitäts-Klinikums. Zu den so genannten nicht abgangsrelevanten Investitionen 2018 im Gesamtausmaß von rund drei Millionen Euro trägt die Stadt beinahe eine Viertelmillion bei. „Diese Finanzierung versteht sich zusätzlich zum Selbstbehalt als Miteigentümer und zur Abgangsdeckung der Krankenanstalten. Die Stadt leistet damit einen überdurchschnittlichen Beitrag zur Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und zum Universitätsstandort Linz“, betont Stadträtin Regina Fechter.

Fechter hat sich als Liegenschaftsreferentin auch mit dem Antrag der Grünen und der KPÖ betreffend zusätzlicher Plakatflächen auseinandergesetzt. „Die Antragssteller setzen die Plakatierfreiheit mit Meinungsfreiheit gleich. Davon abgesehen, dass im 21. Jahrhundert Meinungsfreiheit eher 4.0 gelebt wird und die Stadt mit ihren WLAN-Hotspots dazu einen bemerkenswerten Beitrag leistet, halte ich nichts von weiteren Plakatwänden. Es gibt ohnehin die Möglichkeit, mit kleineren Plakatständern auf Veranstaltungen hinzuweisen und zu informieren oder gegen eine kleine Bearbeitungsgebühr auch für kommerzielle Events zu werben“, sieht Stadträtin Fechter keinen Bedarf für weitere, das Stadtbild verschandelnde fixe Großplakatflächen.

Mit den Planungskosten für eine RegioTram Linz-Pregarten setzt die Stadt ein wichtiges Zeichen für den notwendigen Ausbau des öffentlichen Verkehrs. „Die SPÖ trägt auch den Fraktionsantrag der Grünen, der auf eine Offensive statt auf Rückbau im öffentlichen Personennahverkehr setzt, mit. Dem Vorstoß für das Rechtsabbiegen bei Rot stehen wir weitgehend offen gegenüber, sind aber der Meinung, hier ein Gesamtprojekt für alle VerkehrsteilnehmerInnen

abzuwarten, wie es der Bund ohnehin angekündigt hat“, sieht der Fraktionsvorsitzende der Linzer SPÖ, Gemeinderat Stefan Giegler, konstruktive Verkehrsinitiativen in der kommenden Gemeinderatssitzung. Einmal mehr nicht anfreunden kann sich die SPÖ hingegen mit Stückwerk-Anträgen für die Stadtplanung: „Die vom Gemeinderat damit beauftragten Mitglieder der Stadtregierung, Bürgermeister Klaus Luger und Infrastrukturstadtrat Markus Hein, arbeiten intensiv an einem Stadtentwicklungsplan. Darin werden zukunftsorientierte Themen wie die Vermeidung von Hitzeinseln selbstverständlich berücksichtigt“, meint Stefan Giegler. Die künftige Nutzung des Jahrmarktgeländes wird nach dem Ideenwettbewerb vor allem von den Möglichkeiten angesichts der rechtlichen Rahmenbedingungen etwa im Hochwasserschutz abhängen. „Alle seriösen Ideen werden auf ihre Machbarkeit geprüft, der Gemeinderat sollte nicht einer Idee bereits jetzt den Vorrang geben“, meint Giegler.

Gedenkjahr 1918/1938, Familienstadt, Sportstadt der LinzerInnen

Die Stadt Linz hat sich stets ihrer Verantwortung für die Aufarbeitung der Geschichte und das Gedenken an die Vergangenheit gestellt. Im Gedenkjahr 2018 wird der historischen Ereignisse der Jahre 1918 und 1938 gedacht. Dazu dient unter anderem die Medieninstallation „Linz 1938/1918“, die von 20. August bis längstens 7. Dezember am Martin Luther Platz ausgestellt sein wird. Für die Projektumsetzung wurde die Ars Electronica GmbH ausgewählt, die dafür eine Pauschale von 115.200 Euro erhalten soll.

Seit seiner Eröffnung zum Auftakt des Kulturhauptstadtjahres 2009 ist das erweiterte Ars Electronica Center (AEC) Jahr für Jahr das meistfrequentierte Museum Oberösterreichs. Seither wurde etwa in den Publikumsmagneten Deep Space investiert, der 2015 um 1,2 Millionen Euro zum Deep Space 8k aufgerüstet wurde. Als Museum der Zukunft ist es besonders für das AEC wichtig, mit der Zeit zu gehen. Darum soll 2019 eine neue Dauerausstellung eröffnet werden, für deren Ausarbeitung und Gestaltung insgesamt drei Millionen Euro investiert werden sollen. „Das AEC bleibt damit am Puls der Zeit und ist ein wichtiger Impulsgeber für die Stadt als Standort für Innovationen sowie als UNESCO City of Media Arts“, begründet Vizebürgermeisterin Karin Hörzing die notwendige Erneuerung, zu der die Stadt 1,5 Millionen Euro beisteuern soll. Die entsprechende Sonderfinanzierung in fünf Jahresraten á 300.000 Euro soll der Gemeinderat am Donnerstag beschließen. „Wir

bedauern, dass weder der Bund noch das Land zu dieser Zukunftsinvestition etwas beitragen, obwohl das AEC ein internationales Aushängeschild der Museumslandschaft nicht nur Oberösterreichs, sondern der ganzen Republik ist“, erklärt Vizebürgermeisterin Karin Hörzing. Alleine im Vorjahr verzeichnete die Ars Electronica im Vorjahr bei ihren drei Hauptaktivitäten – der Ausstellung im Center, dem Festival und der Schau „Ars Electronica in Berlin“ – einen Besucheransturm von über eine halben Million Menschen. „Der Aufwärtstrend belegt das Erfolgskonzept der Ars Electronica, die Unterstützung einer neuen Dauerausstellung ist für die Stadt daher unerlässlich“, betont Karin Hörzing.

Das AEC ist auch ein beliebtes Ausflugsziel für Familien. Dem Ruf als Familienstadt wird Linz auch in dieser Gemeinderatssitzung einmal mehr gerecht. „Wir investieren weiter in den Ausbau unserer Kinderbetreuung und beschließen mit einem neuen Leistungsvertrag für den Verein Jugend & Freizeit einen wichtigen Bestandteil unseres Unterstützungsnetzwerks für Familien“, erklärt die Linzer Sozialreferentin Karin Hörzing.

Die Bedarfsplanung des Kinder- und Jugendservices der Stadt Linz hat ergeben, dass bei der Löwenfeldschule künftig ein Bedarf von acht Hort- und fünf Nachmittagsbetreuungsgruppen gegeben ist. „Die Stadt steht zu ihrer Verantwortung und zu dem Versprechen, in der Kinderbetreuung eine Vollversorgung für jedes Linzer Kind ab drei Jahren anzubieten“, so Hörzing. „Damit ermöglichen wir die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, wodurch wir auch zum Wirtschaftsstandort einen wichtigen Beitrag leisten.“ Darum soll der Gemeinderat den notwendigen Neu- bzw. Umbau der Kinderbetreuung Löwenfeldschule mit einem Investitionsvolumen von fast sechs Millionen Euro durch die Immobilien Linz GmbH (ILG) zur Kenntnis nehmen. Darüber hinaus soll die Anschaffung der notwendigen Mobilen durch die Stadt Linz im Wert von rund 540.000 Euro vom Gemeinderat beschlossen werden.

2,3 Millionen Euro jährlich sollen für das neue Leistungsangebot des Vereins Jugend und Freizeit aufgewendet werden. Der Verein wurde 1976 gegründet und hat sich seitdem ständig weiterentwickelt, um zeitgemäß auf die Anforderungen in der Jugendarbeit zu reagieren. „Der vorliegende Leistungsvertrag bildet das Ergebnis der Diskussionen über die zukünftige Ausrichtung der städtischen Jugendarbeit ab“, erklärt Vizebürgermeisterin Karin Hörzing. „Dabei finden Jugendliche in Linz ein auf fünf Säulen beruhendes Unterstützungs- und begleitetes Freizeitangebot vor. Die Jugendarbeit 2020 ist damit auf den neuesten Stand gebracht und erfüllt die Ansprüche eines modernen sozialen Netzes für junge Menschen in der Stadt. Nicht übersehen werden darf dabei, dass die Angebote des Vereins Jugend und Freizeit ein wichtiges Unterstützungsinstrument für Jugendliche darstellen, es sich dabei aber nicht um das einzige Beratungs- und nicht-kommerzielle Freizeitangebot für junge

Menschen in Linz handelt“, kontert Hörzing den vereinzelt Kritikern der zeitgemäßen Weiterentwicklung des Vereins.

Zu den zahlreichen Angeboten an Freizeitaktivitäten für junge Menschen zählen auch die vielseitigen Sportmöglichkeiten in Linz. 11,5 Millionen Euro wendet die Stadt im Jahr 2018 für gute Rahmenbedingungen für ein breites sportliches Betätigungsfeld auf. Rund 300 Sportvereine finden sich in Linz, mehr als 450 städtische und private Sportanlagen bieten sportbegeisterten Menschen ein attraktives Betätigungsfeld. „Mit diesem Angebot brauchen wir uns als Sportstadt nicht zu verstecken. Die große Zahl an Menschen, die an Sportevents wie etwa dem alljährlichen Donau-Marathon teilnehmen, ist ein weiterer Beleg für die erfolgreiche Schwerpunktsetzung“, so Sportreferentin Vizebürgermeisterin Karin Hörzing. „Für das Sportbewusstsein der Linzerinnen und Linzer ist es nicht notwendig, dass die Stadt sich um einen weiteren Titel im europäischen Ranking-Dschungel bewirbt. Wir brauchen weder einen speziellen Titel als European City of Sports, noch hat der Sportentwicklungsplan ein Ablaufdatum erreicht. Ganz im Sinne etwa eines Rechnungshofberichtes, der ein mehr als ausreichendes Sportstättenangebot feststellt, erweist sich der bisherige Weg und die Schwerpunktsetzung in der Sportförderung als richtig“, so Vizebürgermeisterin Karin Hörzing.

Stadt der Ausbildungschancen für alle LinzerInnen

Die Landesregierung hat neue Richtlinien für die Lehrlingsentschädigung im öffentlichen Dienst beschlossen, die überwiegend auch von der Stadt Linz nachvollzogen werden sollen „Nur in drei Ausbildungen, die im Landesdienst entweder nicht vorkommen oder dort schlechter entlohnt werden als dies bisher bereits Praxis im Magistrat ist, schlagen wir eine abweichende Vorgehensweise vor“, so die Personalreferentin der Stadt Linz, Stadträtin Regina Fechter. So würden MaurerInnen vom Land Oberösterreich nicht ausgebildet, weshalb es für deren Entschädigung auch keine eigene Richtlinie gibt. Straßenerhaltungsfachmänner und –frauen hingegen erhalten sowohl im Landesdienst als auch im Magistrat eine Ausbildung, wobei die Stadt allerdings im ersten Lehrjahr um 31 Euro mehr bezahlt, als dies vom Land aktuell vorgesehen würde. „Hier wollen wir keine Verschlechterung, weil es ohnehin nicht einfach ist, für dieses Berufsfeld Ausbildungswillige zu akquirieren“, erklärt Fechter. Ähnlich verhält es sich bei den VerwaltungsassistentInnen: „Hier entspricht die Ausbildung bei der Stadt weitgehend dem Berufsbild von Bürokaufleuten und soll auch entsprechend entlohnt werden. Das Land sieht in seiner Richtlinie jedoch eine Entschädigung analog der Ausbildung von Betriebslogistikaufleuten vor, die niedriger ist.

Auch hier schlagen wir dem Gemeinderat daher die Fortsetzung der bisherigen Vorgehensweise vor“, so Fechter. „Die Stadt Linz und die städtischen Unternehmensgruppe sind der zweitgrößte Lehrlingsausbildner in der Landeshauptstadt. Wir bilden dabei nicht nur für unseren Bedarf aus. Gerade im Fall der VerwaltungsassistentInnen ist es wichtig, dass die fertig ausgebildeten jungen Menschen danach auch in anderen Büroberufen reüssieren können. Darum orientieren wir uns an der Ausbildung zu Bürokaufleuten, dem soll auch bei der Lehrlingsentschädigung Rechnung getragen werden“, betont Stadträtin Regina Fechter. Insgesamt entstehen der Stadt Linz durch die Abweichungen in diesen drei Berufsfeldern Mehrkosten von rund 95.000 Euro. „Geld, das gut in die jungen Menschen investiert ist“, zeigt sich Stadträtin Fechter überzeugt.

Keinen Bedarf sieht die Personalreferentin hingegen in eigenen Ausbildungsprogrammen für Jugendliche, die nach ihrer Herkunft differenziert werden. „Die FPÖ schlägt hier ein eigenes Förderprogramm für Lehrstellensuchende nach ihrer Staatsbürgerschaft vor“, erläutert Fechter. Angesichts der positiven Signale vom Arbeitsmarkt, vor allem aber im Sinne der Chancengleichheit besteht dafür aber keine Notwendigkeit: „Mir ist wichtig, dass alle jungen Linzerinnen und Linzer eine Chance auf eine gute, zukunftsorientierte Ausbildung erhalten“, meint Stadträtin Regina Fechter, weshalb sich die SPÖ beim entsprechenden FPÖ-Antrag enthalten werde.

Beinahe drei Millionen Euro sollen über die geplanten und durch die Regelfinanzierung gesicherten Investitionen in die Ausbildungsinfrastruktur des Kepler Universitätsklinikums investiert werden, beinahe eine Viertelmillion Euro beträgt dazu der Beitrag der Stadt: „Wir bekennen uns zum Universitätsstandort und unterstützen als Miteigentümer daher auch diese Investitionen. Insgesamt sind die Entwicklungen der Gesundheitsausgaben allerdings alarmierend, sind die Beiträge der Stadt zur Abgangsdeckung der Spitäler in den vergangenen beiden Jahren um mehr als 20 Prozent gestiegen“, sieht Liegenschaftsreferentin Regina Fechter neben dem Investitionsbedarf in die Ausbildungsstätten dringenden Handlungsbedarf in der gesamten Gesundheitsfinanzierung.

Dem Antrag der Grünen und der KPÖ für mehr frei zugängliche Plakatflächen in der Stadt wird die SPÖ nicht zustimmen: „Die Argumente der beiden Parteien sind für mich auch nicht schlüssig. Erstens bin ich überzeugt, dass Werbung und Information im Sinne der Meinungsfreiheit im 21. Jahrhundert anderen Gesetzmäßigkeiten folgt. In Zeiten von 4.0 ist es wichtiger, den freien Internetzugang zu sichern, wofür die Stadt mit ihrer WLAN-Hotspot-Initiative einen zukunftsorientierten Beitrag leistet“, meint Regina Fechter. Die Rahmenbedingungen für das Plakatieren in der Stadt seien deshalb auch ausreichend: „Neben den fix installierten Plakatflächen gibt es immer auch die Möglichkeit, unter

bestimmten Voraussetzungen mobile Plakatständer aufzustellen. Die dafür festgelegten Bedingungen gewährleisten eine Gleichbehandlung für alle, die in der Stadt Informationen verbreiten wollen. Sie sind daher eine Basis für die Sicherung der Meinungsfreiheit und bedürfen keiner Änderung“, ist Fechter überzeugt.

Stadtentwicklung und Mobilität der Zukunft

„Es ist schon erstaunlich, wie manche Detailverliebtheit den Blick auf das große Ganze in der Stadtentwicklung verstellen kann“, meint der Fraktionsvorsitzende der Linzer SPÖ, Gemeinderat Stefan Giegler, angesichts zweier Anträge für die Gemeinderatssitzung. So fordert die NEOS-Fraktion ein Präjudiz für die Weiterentwicklung des Jahrmarktgeländes: „Da wurden 120 Ideen in einem breit angelegten Ideenwettbewerb eingebracht. Bevor allerdings überhaupt die Rahmenbedingungen, unter denen das Jahrmarktgelände umgestaltet werden kann, feststehen, möchten die NEOS bereits eine Festlegung auf ein Projekt in Form einer Machbarkeitsstudie für eine Donauinsel“, sieht Giegler eine demokratiepolitisch bedenkliche Vorgehensweise. „Urban Heat Islands“ sind Zonen besonders starker Hitzeentwicklung im dichtverbauten Stadtgebieten. „Selbstverständlich gilt es, bei der weiteren Stadtplanung solche Hitzezonen zu vermeiden. Der Gemeinderat hat allerdings bereits beschlossen, dass an einem gesamten Stadtentwicklungsplan gearbeitet werden solle, der die Grundlage für eine zukunftsorientierte und nachhaltige Stadtplanung bildet. Wir gehen davon aus, dass im Zuge der Beratungen dieses Stadtentwicklungsplanes ökologische Faktoren mitberücksichtigt werden oder eingebracht werden können, weshalb wir derzeit keinen Anlass für einen speziellen Auftrag hinsichtlich von der „urban heat islands“ sehen“, so Gemeinderat Stefan Giegler.

Anders verhält es sich mit den unterschiedlichen Initiativen zur Verbesserung der Mobilität in der Stadt. „Wir begrüßen ausdrücklich das Vorprojekt für eine RegioTram von Pregarten nach Linz“, so Fraktionsvorsitzender Giegler. Die Lösung der innerstädtischen Verkehrsprobleme hängt ursächlich mit der Frage nach zukunftsorientierten Lösungen für den Pendlerverkehr zusammen: „Und hier lautet die Antwort eindeutig, dass wir mehr und attraktivere öffentliche Verkehrsverbindungen aus dem Umland nach Linz benötigen“, ist Stefan Giegler überzeugt. Darum unterstützt die SPÖ-Fraktion auch die Resolution der Grünen, die sich gegen unverständliche Einschränkungen bei der Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel in Urfahr und für eine ÖV-Offensive ausspricht. Dem Vorhaben, das Rechtsabbiegen bei Rot in einem Pilotversuch zu erlauben, steht die SPÖ offen gegenüber. „Sinnvoll ist es allerdings, hier das vom Bund angekündigte Gesamtprojekt für alle VerkehrsteilnehmerInnen abzuwarten“, meint Stefan Giegler.